



ÖVP – Gmünd informiert, weil wir eine ehrliche Gemeindepolitik betreiben

Sehr geehrte Gmündnerinnen und Gmündner, liebe Jugend!

Der Sommer 2011 neigt sich dem Ende zu, und für die Schüler beginnt wieder der Alltag. Allen „Erstklasslern“ wünschen wir viel Freude auf Ihrem neuen Lebensweg. Die Gemeindepolitik wurde in den Sommermonaten sicherlich durch die geplante Kindergartenzusammenlegung geprägt. Die Vorgangsweise unseres Herrn Bürgermeisters ist für uns nicht nachvollziehbar, wurde doch im Frühjahr ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss gefasst, den Kindergarten in Gmünd unbedingt zu erhalten. Deshalb können wir den Alleingang von Herrn Bürgermeister mit seiner Fraktion im Juli gegen einen Kindergarten in Gmünd nicht verstehen, sind doch noch viele offene Fragen zu klären. Wir wären gerne in eine offene Diskussion eingetreten, jedoch unser Herr Bgm. NR.Abg. Jury hat es nicht zugelassen, da er schon vor der Gemeinderatssitzung seinen Entschluss in der Gemeindezeitung angekündigt hat. Für uns ist klar, wenn man sich keinen neuen Kindergarten leisten kann, sollte unser alter erweitert und renoviert werden (Kosten ca. € 250.000,--), denn für uns sind unsere Kinder ein unverzichtbarer sozialer Bestandteil unserer Stadtgemeinde. Herr Bürgermeister, es ist noch nicht aller Tage Abend, und fordern dich auf, in eine Diskussion in alle Richtungen einzutreten!

Ein herzlicher Dank an alle Vereine- und Kulturträger von Gmünd für ihre unermüdliche, unentgeltliche Arbeit zum Wohle unserer Gemeinde!

Nun wünschen wir Ihnen noch einen schönen Herbst.



Ihre ÖVP Gmünd

**Eine ehrliche Politik braucht unsere
Gemeinde!**

Offene Fragen zur Zusammenlegung des Kindergartens der Stadtgemeinde Gmünd

- **Ist ein Bring- und Hohldienst vorgehesehen und wie wird dieser Organisiert?**

 - denn es gibt Familien die nicht immer, oder gar kein Auto zur Verfügung haben.
 - denn die Kleinkinderbetreuung beginnt ab dem 1. Lebensjahr
 - Was geschieht mit den Kindern, die nicht immer pünktlich beim Bringdienst abgeholt werden können?
 - **Wer übernimmt die Mehrkosten für einen Bring- und Hohldienst?**

- **Bietet die bestehende Anlage in Fischertratten den benötigten Platz?**

 - für 5 bis 6 Gruppen, das sind ca. 150 Kinder
 - Gibt es dann für eine Ganztagsbetreuung auch genügend Platz für die Küche, Schlafräume und sozialen Räume für das Betreuungspersonal?

- **Bleibt es bei den kolportierten €200.000,- Adaptierungskosten?**

 - Wie wurden diese Kosten ermittelt?
 - Was passiert bei Kostenüberschreitung?



Landespartei sekretär
Mag. Achill Rumpold

„Rot-Blau blendet,
die nächste
Generation blecht!“
**Kinder haften
für ihre Eltern**

Man kennt das Schild von jeder Baustelle: „Eltern haften für ihre Kinder.“ In Kärnten allerdings müssten viele Landes-Baustellen umgekehrt beschildert sein - denn für deren Kosten haften und diese bezahlen werden unsere Kinder, auch wenn die Baustellen heute eingerichtet werden.

Und da spreche ich nicht von Bauwerken. **Einmalaktionen** wie Teuerungsausgleich, Jugendtausender & Co sollen der Jugend vormachen, dass man sich um ihre Anliegen kümmert. In Wahrheit aber bürdet man der nächsten Generation mit diesen Wahlgeschenken einen Kredit auf. Unsere Kinder müssen ungefragt eine **Bürgerschaft für die linke Verteilmentalität** von SPÖ und FPK übernehmen.

Zuerst wird mit einem „Geschenk“ geblendet, und in 10 Jahren muss die nächste Generation dafür blechen - mit Zinsen! Auf diese Weise haben Rot und Blau vor ein paar Jahren Kärnten an den Rand des Ruins getrieben.

Genau um das zu verhindern und **Kärnten wieder zu sanieren**, ging die ÖVP vor 2 Jahren eine Koalition ein. Nun wollen FPK und SPÖ offenbar mit der Neuverschuldung dort weiter machen, wo sie von der ÖVP gestoppt wurden: In der ersten Regierungssitzung nach dem Sommer haben SPÖ und FPK **gegen die Stimme der ÖVP den Teuerungsausgleich bis 2014 verlängert**. Von Einsicht ist bei beiden auch heute noch keine Spur!

Ihr **Mag. Achill Rumpold**

UNSER KLARER KURS: „KEINE NEUEN SCHULDEN“

ÖVP OBMANN JOSEF MARTINZ IM ORF SOMMERGESPRÄCH ZUR CAUSA SCHEUCH,
NOTWENDIGEN REFORMEN UND DEM LANDESBUDGET - EINE ZUSAMMENFASSUNG:



Sorgsamer Umgang mit den Finanzen, die Leistung in den Vordergrund stellen, ebenso die Eigenverantwortung und nachhaltiges Wirtschaften, dafür stehen Josef Martinz und die ÖVP Kärnten.

Wie stehen Sie zur „Koalition auf Eis“ nach der Verurteilung von FPK Uwe Scheuch?

MARTINZ: Ich habe einen klaren Schritt gesetzt, der in der ÖVP auch abgestimmt und einstimmig gut geheißen wurde, nämlich die Koalition mit der FPK auf Eis zu legen. Das heißt aber nicht die Arbeit liegt auf Eis. Wir dürfen nicht vergessen die Probleme Kärntens sind riesengroß, wir haben einen Schuldenberg, wir haben zu arbeiten an der Zukunft, gegen die Abwanderung, für den ländlichen Raum, für die Gemeinden. Das Problem von LH Gerhard Dörfler und Uwe Scheuch kann nicht das Problem der Kärntnerinnen und Kärntner insgesamt sein.

Wenn Uwe Scheuch auch in zweiter Instanz verurteilt werden sollte, was dann?

MARTINZ: Dann kommt der Punkt, wo die Entscheidungen definitiv zu treffen sind, auch in erster Linie von Scheuch selbst. Man darf nicht vergessen, das ist ein Problem der FPK, es ist ein Problem von LH Dörfler, er ist Landeshauptmann aller Kärntnerinnen und Kärntner und er wird ja auch merken, dass die Situation jetzt eine unbefriedigende ist,

dass es einfach belastend ist. Ich kann nur von mir aus Richtung Uwe Scheuch noch einmal appellieren seine Ämter zur Verfügung zu stellen!

Die Koalition liegt auf Eis, das heißt nicht, dass die Arbeit auf Eis liegt. Wir arbeiten für Kärnten!

Das Spiel der freien Kräfte in der Regierung - ist das eine gute Entwicklung für das Land?

MARTINZ: Für mich ist klar, der Weg Kärntens und der ÖVP steht nach wie vor und heißt, „weg von neuen Schulden“, wir müssen bei den Arbeitsplätzen, bei der Demographie, in den Gemeinden und im Tourismus unsere Arbeit erledigen. Es ist die Arbeit für das Land, für die Zukunft Kärntens. Für mich ist wichtig, dass sich unser Kurs „weg von neuen Schulden“ durchsetzt.

Das Spiel der freien Kräfte und das Budget mit der FPK, wie soll es jetzt weiter gehen?

MARTINZ: Noch einmal, die Blockierung liegt bei Dörfler und Co., dort liegt auch die Verant-

wortung, wie es mit der Arbeit im Lande weiter geht. Ich kann nur noch einmal appellieren, die Affäre Scheuch zu erledigen. Die Koalition ist auf Eis, deshalb gibt es auch keine koalitionsären Verhandlungen zum Budget, das noch nicht endverhandelt ist. Unser Kurs „weg von neuen Schulden“ muss sich im Budget schwarz auf weiss wieder finden, auch im Budgetfahrplan.

Keine Einigung beim Budget, gibt es dann Neuwahlen?

MARTINZ: Das Budget ist das Um und Auf jeder Regierungskoalition. Gibt es keine Einigung, gibt es kein Budget.

Also dann irgendwann Neuwahlen?

MARTINZ: Dann gibt es irgendwann einmal Neuwahlen.

Man hat mit den Freiheitlichen lange genug verhandelt, was sind die markantesten Sparpotentiale?

MARTINZ: Es sind wichtige Schritte in der Verwaltung gesetzt worden. Aus 23 Abteilungen wurden 10 Kompetenzzentren. Die Pensionsreform, Minus 10 Prozent Beschäftigte im öffentlichen Dienst bis zur nächsten Wahl. Es gibt ei-

nen Schuldenstopp im außerbudgetären Bereich, ein Null-Wachstum im Sozialbereich. Es wurde sehr viel im Gesundheitswesen unternommen, hoch kritisiert, es war aber notwendig, denn die Hauptelemente im Budget werden immer Gesundheit, Soziales, Verwaltung und Personal sein und da haben wir Maßnahmen gesetzt. Das kommt auch im Budgetfahrplan zum Ausdruck.

Das Ziel der ÖVP ist klar: Keine neuen Schulden! Wir schaffen das!

Null-Defizit in Kärnten etwa im Jahre 2015, ist das realistisch?

MARTINZ: Keine neuen Schulden am Ende der Legislaturperiode im Jahre 2014, das ist ein gangbarer Weg. Wir schaffen das, wir müssen uns aber dafür zusammenreißen. Keine neuen Schulden, das steht für mich ganz oben auf der Liste der politischen Arbeit. Das entspricht auch den Werten der ÖVP. Sorgsamer Umgang mit den Finanzen, die Leistung in den Vordergrund stellen, ebenso die Eigenverantwortung und nachhaltiges Wirtschaften, dafür steht die ÖVP Kärnten.



ÖVP Öffentlichkeitsarbeit
Wolfgang Dittmar

FPK-SPÖ Wettkampf um peinliche Sozialpolitik:

Ich erinnere mich noch an schärfste Kritik der SPÖ als ich noch als ORF Reporter für das Radio Mittagsjournal über den Teuerungsausgleich der Freiheitlichen berichtet hatte. Eine Umfrage unter Begünstigten ergab nur Lob und Freude über die Direktauszahlung des Teuerungsausgleiches durch BZÖ/FPK Politiker. Logisch, die Leute gehen sich nicht Hunderter abholen und schimpfen dann über die Geldgeber. Aber die SPÖ Politiker ärgerten sich über die Befürworter der Geldverteilungsaktion.

Jetzt hat die SPÖ diesem Teuerungsausgleich auch zugestimmt. Offenbar um im Match um sozial schwache Wähler mitmischen zu können. Plötzlich ist der SPÖ politische Stil unwichtig geworden. Man misst sich mit der FPK um peinliche Sozialpolitik. Mit offener Geldkasse Wähler zu mobilisieren - viel primitiver kann man Politik nicht mehr praktizieren. Geld-Verteilungspolitik von FPK und SPÖ, also von jenen 2 Parteien, die das Land Kärnten bis 2009 massiv verschuldet haben. Sie packeln wieder und sie werden wohl gemeinsam wieder den Reform- und Sanierungskurs der ÖVP bremsen oder überhaupt stoppen. Das hat Kärnten nicht verdient. Die ÖVP steht dazu, wer wirklich Hilfe benötigt, dem soll geholfen werden, aber nicht in dem man persönlich Hunderter verteilt, sondern über gesetzliche Maßnahmen, die es ja ohnehin schon gibt. Stichwort Mindestsicherung! Dem Land und seiner Bevölkerung hilft man aber auch, indem man die Finanzen in Ordnung bringt. Das wollen die Leute, denn ein gut funktionierendes Land gibt Sicherheit und Vertrauen, dafür steht die ÖVP.

Wolfgang Dittmar

- **Warum wurde und wird keine Diskussion über Alternativen zugelassen?**

 - Bisher wurde noch kein Gedanke über die Sanierung des bestehenden Kindergartens in Gmünd verschwendet!
 - Es gibt auch keine Kostenschätzung über Alternativen!
- **Wie soll man die Lebensqualität in unserer Gemeinde für Familien mit Kindern erhalten, wenn keine Kinderbetreuungseinrichtungen mehr vorhanden sind?**

- **Warum müssen Kinder, die die Zukunft unserer Stadtgemeinde sind, als Wirtschaftsfaktor hergenommen werden?**

- **Warum werden die Kinder, die Bestandteil des sozialen Lebens in unserer Stadtgemeinde sind, aus diesem entfernt?**

- **Welchen Nutzen haben die Familien aus unserer Stadtgemeinde von dieser Zusammenlegung?**

Ein altes Sprichwort sagt: „Kindergarten und Schule gehören zu den Kindern!“

Gemeindestraßenzustand

Ein weiterer Umstand in unserer Gemeinde, auf den wir aufmerksam machen müssen, ist der Zustand unserer gemeindeeigenen Straßen und Wege die, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, dringend saniert gehören!



Die Fotos zeigen ein paar Beispiele über den Zustand unsere Straßen in den Stadtteilen die außerhalb der Stadtmauer liegen (teilweise nicht unweit vom Hauptplatz).

Für eine ehrliche Arbeit für die Bewohner unserer Stadt!
Ihr Team der ÖVP Gmünd

